

Wasserprivatisierung durch die Hintertür?

Brüssel nimmt wohl neuen Anlauf

Der EU-Binnenmarktkommissar Michael Barnier ist wohl doch ein schlechter Verlierer, dem man nicht über den Weg trauen darf.

Musste er im Juni letzten Jahres auf Grund der monatelangen Proteste den Rückzug antreten und die öffentliche Wasserversorgung aus der geplanten Konzessionsrichtlinie herausnehmen, wird unter dem Deckmantel des geplanten Freihandelsabkommens scheinbar ein neuer Anlauf vorbereitet, die Weichen in Richtung Privatisierung zu stellen.

Der Wassermarkt ist scheinbar für die kommerziellen Anbieter derart attraktiv, dass man nichts unversucht lässt, den vor privaten Versorgern geschützten Bereich der Wasserversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge dafür zu öffnen.

Mich überrascht diese Entwicklung nicht wirklich, denn dieser Rückzug erfolgte ja nicht auf der Basis einer sachlich begründeten Überzeugung, sondern auf der Grundlage des „Zurückruderns“ der verantwortlichen Politiker, die zunächst die Vorgehensweise des Kommissars auch noch unterstützt hatten.

Zudem konnte man auch den Verdacht haben, dass die Politik im Hinblick auf die zu dieser Zeit anstehenden Wahlen das Thema vom Tisch haben wollte.

Wie formulierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly: „Schon im Sommer haben wir dem Frieden nicht getraut. Jetzt scheint es so, als würde die Daseinsvorsorge auf dem Altar des Wettbewerbs geopfert.“

Die Beschwichtigungen, dass das alles ja so nicht kommt, folgen natürlich auch sofort.

Wem man nun mehr Glauben schenken soll, dem besorgten Mahner oder dem professionellen Beschwichtiger, das muss jeder mit sich selber ausmachen.

Aber unstrittig ist ja, dass dieses Thema in diesem Zusammenhang wieder auf der Tagesordnung steht und das die entsprechenden Verhandlungen im Verborgenen stattfinden. Eine Mitwirkung der Kommunen ist nicht vorgesehen.

Aus diesem Procedere kann man nicht unbedingt sehr viel Vertrauen ableiten, zumal es hinreichende Vorerkenntnisse und Erfahrungswerte gibt, dass das Interesse der Kommunen bei diesen Verhandlungen im Vordergrund steht.

Die Erfahrungen deuten eigentlich etwas ganz anderes an.

Also, blindes Vertrauen auf ein kommunalfreundliches und wohlwollendes Vorgehen der EU-Kommission ist sicher fehl am Platze, ganz im Gegenteil.

Unsere ganze Aufmerksamkeit wird gefordert sein, um nicht irgendwelchen Entscheidungen hinterher zu weinen, sondern sie zu verhindern, wenn sie sich gegen unsere Interessen richten.

Unser beispielhafter Erfolg sollte uns dabei bestärken.

Und auch die Äußerung unseres Ministerpräsidenten macht uns Hoffnung, denn wir sollen ja künftig gefragt werden, wenn es um für uns wichtige Entscheidungen geht.

Bleibt bei dieser Erwartungshaltung nur die Frage, wer definiert eigentlich was für uns wichtig ist?

Pattendorf, den 28.01.2014



Hans Weinzierl
Erster Vorsitzender